

HAUS DER WIRTSCHAFT  
Am Schillertheater 2  
10625 Berlin

Tel.: +49 (0)30 310 05 - 125  
Fax: +49 (0)30 310 05 - 240  
[www.uvb-online.de](http://www.uvb-online.de)

Bearbeiter:  
Sven Weickert  
[weickert@uvb-online.de](mailto:weickert@uvb-online.de)

Datum:  
30.06.2021 Wei-wo

**1. An die Geschäftsführungen  
unserer Mitgliedsverbände**

**2. An die Damen und Herren  
des Präsidiums zur Unterrichtung**

**RUNDSCHREIBEN – UGF 36/2021**

**Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021: Synopse der Wahlprogramme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

beiliegend erhalten Sie unsere Synopse der Wahlprogramme. Die Positionen der Parteien haben wir mit unseren Empfehlungen in den jeweiligen Themenbereichen gespiegelt.

Bei der Vorstellung der Wahlprogramme haben die Parteien ihre inhaltlichen Unterschiede in zentralen Politikfeldern wie der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, der Verkehrs- und Klimapolitik sowie der Wohnungs- und Mietpolitik betont. Damit zeichnet sich eine Richtungswahl ab: Während die GRÜNEN alternative Wirtschaftsmodelle propagieren und die LINKE eine staatliche „Berliner Industrie-Holding“ anstrebt, sehen CDU und FDP die Rahmenbedingungen für wirtschaftlichem Aufschwung in Wettbewerb, Technologieoffenheit und einem Minimum an Bürokratie. Für die GRÜNEN hat in der Mobilitätswende der private PKW keinen Platz mehr. Damit stehen sie sogar im Widerspruch zur Linkspartei und der SPD, die Einfahrverbote und City-Maut als sozial unverträglich ablehnen. Auch der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, speziell der Weiterbau der A 100, spaltet die Parteien.

Die größten Gegensätze aber liegen in der Wohnungs- und Mietpolitik – getrieben durch das Volksbegehren zur Enteignung von Immobilienunternehmen, das zeitgleich zur Wahl stattfindet. Die Linkspartei und die GRÜNEN unterstützen das Volksbegehren, CDU und FDP lehnen es als grundgesetzwidrig ab. Beide Parteien schlagen ein „Bündnis für das Wohnen“ vor, das vor allem den Wohnungsbau beschleunigen soll.

Einigkeit zwischen den Parteien besteht in der Notwendigkeit, die Digitalisierung des Staates voranzutreiben – von Bildung über Gesundheit bis Verwaltung. Parteiübergreifend wird auch großer Handlungsbedarf im raschen Ausbau der digitalen Infrastruktur gesehen. Unsere Auffassung, die Digitalisierung der öffentlichen Hand ressortübergreifend bei einer/m Digitalisator/in zu bündeln, findet bei den Parteien große Resonanz. Die zukünftige Rolle des IT Dienstleistungszentrums in der Digitalisierung der Verwaltung wird von den Parteien sehr unterschiedlich bewertet – zumal die bundesweit anerkannte Kompetenz der Berliner Digitalwirtschaft bisher kaum in diesen Prozess einbezogen wurde.

Unsere Positionen haben wir bereits mit den Spitzenkandidaten der Parteien intensiv diskutiert. Darüber hinaus organisieren wir eine Reihe von Online-Veranstaltungen, um einzelne Themen zu vertiefen. Neben bereits durchgeführten Runden zu Industriepolitik und Bildung steht Mitte August das Thema Mobilität auf der Agenda. In einer Abschlussveranstaltung Anfang September fassen wir die Diskussionen zusammen. Die Einladungen gehen Ihnen rechtzeitig zu.

Gern stehen wir Ihnen für weitere Informationen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE  
IN BERLIN UND BRANDENBURG E. V.  
Die Geschäftsführung

Amsinck

**Anlage**